

Europäische Währungsunion auf dem Prüfstand

WEGE AUS DER EUROKRISE

Heidelberg, 10. Mai 2010

mit **Fritz Kuhn**, MdB, stellv. Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag

Bert Van Roosebeke, Centrum für Europäische Politik, Freiburg

Fabian Zuleeg, European Policy Centre, Brüssel

Mit etwa 100 Besucherinnen und Besuchern war das DAI in Heidelberg gut besetzt als die Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg zur Podiumsdiskussion zum Thema „Europäische Währungsunion auf dem Prüfstand – Wege aus der Eurokrise“ lud.

Moderator Gerhard Pitz zeigte sich erfreut, ob des regen Interesses und verwies darauf, dass in Hinblick auf das am 8. Mai im Bundestag verabschiedete Hilfspaket auch über Griechenland, aber nicht nur über Griechenland diskutiert werden sollte. Er regte an, über längerfristige Ziele zu reden, über die besten Wege aus der Krise, über europäische Solidarität, über die Auswirkungen des Rettungspakets und



über mögliche neue Instrumente und Kompetenzen auf Ebene der EU. Zentrale Fragestellung sei, ob sich Europa am Beginn einer Zerfallskrise des Euro befinde, die auch zur Erosion der EU führen kann, oder ob vielmehr eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der EU anstehe. Gerhard Pitz stellte fest, dass eine der Ursachen der Eurokrise sicherlich die strukturelle Überschuldung mancher Euro-Staaten sei, aber die Währungsunion selbstverständlich auch institutionelle Probleme habe, die in der Disparität zwischen gemeinsamer Geldpolitik und nicht-gemeinsamer Wirtschafts- und Steuerpolitik ein prägnantes Beispiel fänden.

Bert Van Roosebeke vom Centrum für Europäische Politik in Freiburg, dessen Arbeitsschwerpunkte auf europäischer Regulierung in den Bereichen Finanzmarkt und Telekommunikation liegt, machte zunächst deutlich, dass das von den EU-Finanzministern beschlossene Hilfssystem in eklatanter Weise gegen geltendes EU-Recht verstoße. Gleichzeitig sei es völlig illusorisch, dass auf diese Weise der Konkurs der schwächeren Euroländer abgewendet werden könne, da die Milliardenkredite vielmehr zu einer weiteren Schwächung beitragen wür-

den. Nun sei es wichtig, so Van Roosebeke, eine grundlegende Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts einzuleiten, die unter anderem verbindliche Beitrittskriterien für die Euro-Zone beinhalten müsse, um auch mittelfristig wieder Vertrauen in die Stabilität der europäischen Märkte herzustellen. Beispielhaft für den nötigen Kriterienkatalog könne hier die Schuldenbremse in der deutschen Verfassung sein.



Fabian Zuleeg, der als Chef-Ökonom und Senior Policy Analyst beim European Policy Centre in Brüssel die Europäische Integration vorantreibt, konzentriert seine Arbeit zurzeit auf die Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschafts- und Sozialmodelle. Er sah in der Stärkung der europäischen Strukturen und im Aufbau einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Haushaltspolitik ein wesentliches

Moment für die Bewältigung der Krise. Wenn der Euro auch auf etwas wackeligen Füßen stehe, so habe er in der Krise trotzdem viel Stabilität gebracht. Ohne ihn stünde Europa noch wesentlich schlechter da. Es fehle aber ein handfester Krisenmanagement-Mechanismus, fügte Zuleeg hinzu. In der Prävention der Krise habe die EU versagt, entsprechende Warnungen seien nicht entschieden genug ausgesprochen worden. Zuleeg kritisierte auch die zögerliche Haltung Deutschlands und dass bei einigen deutschen Politikerinnen und Politikern das Nachdenken allzu oft an nationalen Grenzen ende und grenzüberschreitende Effekte gar nicht berücksichtigt würden.

Fritz Kuhn, Finanzexperte und stellvertretender Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, stellte klar, dass die europäischen Hilfen für Griechenland keine finale Lösung des Problems darstellen könnten. Besonders wichtig sei es zunächst gewesen, den Druck von Griechenland wegzunehmen, während nun aber, so Kuhn, die Regierung in Athen die richtigen Entscheidungen in Bezug auf Steuersystem und Bürokratie treffen müsse. Das Rettungspaket habe ein politisches Signal an die Märkte gesendet, dass die EU tatsächlich entschlossen ist, den Euro und seine Länder zu verteidigen. Gleichzeitig seien die Reaktionen der Bundesregierung und insbesondere von Frau Merkel aber nicht schnell genug gekommen, was dem Problem eine unnötige Tiefe verschafft habe, erklärte Kuhn. Deswegen müsse nun dringend über weitergehende Schritte wie z. B. einer effektiven Regulierung der Finanzmärkte und die Erhebung einer Finanztransaktionssteuer nachgedacht werden.



An die Vorträge der drei Experten schloss sich eine rege Debatte an, in der das Publikum Gelegenheit fand, die einzelnen Aussagen kritisch zu hinterfragen, mit den Referenten in die Diskussion zu treten und eigene Stellungnahmen zu formulieren.

David Esders